

Bericht des Friedensbeauftragten des Rates der EKD auf der Konferenz der Friedensarbeit im Raum der EKD - 4. Februar 2018

1. Reformationsjubiläum

Das Jahr 2017 stand ganz im Zeichen des Reformationsjubiläums 1517 - 2017. Ich erinnere an die Konferenz der Friedensarbeit und den Studientag in Wittenberg vor einem Jahr.

Energie und Zeit vieler Akteure der Friedensarbeit ist in die Vorbereitung dieses Jubiläums und der Veranstaltungen gegangen. Eine Arbeitsgruppe für die Themenwoche „Frieden“, deren Vorsitzender ich war, hat sich mehrfach getroffen, um in einem organisatorisch schwierigen Kontext diese Woche vorzubereiten. Ich bedaure sehr, dass ich dann genau in dieser Woche so krank war und keine Stimme hatte, dass ich überhaupt nicht mitwirken konnte.

Die Präsenz der Evangelischen Friedensarbeit im „Cafe Friedenswege“ ist schon auf der vorletzten Konferenz diskutiert worden und war nicht unumstritten.

Nachdem es gelungen war, über Mittel der EKD zwei Personalstellen für die Begleitung der Arbeit einstellen zu können, konnte dieses Projekt durchgeführt werden. Eine eigene Auswertung dieses Projekt werden wir auf der Konferenz noch vornehmen.

Insgesamt will ich jetzt so viel sagen: Auch wenn ich das Reformationsjubiläum insgesamt für viele gelungene Veranstaltungen und Prozesse steht, war die Resonanz auf die Weltausstellung besonders in der ersten Zeit, in die Themenwoche „Frieden“ fiel, nicht gut besucht und blieb hinter den Erwartungen zurück. Der Aufwand, den viele Akteure geleistet haben, stand damit nicht wirklich im Einklang mit dem Ergebnis. Dennoch gab es viele intensive Gespräche.

Ich will insgesamt zum Reformationsjubiläum aber auch sagen: Wenn in 100 Jahren auf dieses Jubiläum zurückgeblickt wird, wird man sagen können, dass es sich durch die ökumenische Weite, die Bearbeitung der Schattenseite der Reformation, durch eine breite Beteiligung und durch die Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Akteuren wohlthuend von allen bisherigen Jubiläen abhebt und somit eine wichtige Entwicklung darstellt.

Im Hinblick auf die Friedensthematik bleiben einige Desiderate, die zu bearbeiten sind: Dazu gehört vor allem der Umgang mit dem linken Flügel der Reformation und dem Augsburger Bekenntnis, in dem die Verdammung der Wiedertäufer formuliert war und ist.

2. Deutscher Evangelischer Kirchentag

In das Jubiläum eingebettet war der Deutsche Evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg. Auch hierzu wäre viel zu sagen. In der Beschränkung auf die Friedensthematik kann vielleicht verkürzt soviel gesagt werden: Es ist auch durch Gespräche mit der Generalsekretärin, der Studienleitung und Mitgliedern des Präsidiums gelungen, die Friedensthematik wieder deutlicher in das Hauptprogramm des Kirchentages hineinzuholen - auch wenn der Wunsch nach einem eigenen Friedenszentrum nicht aufgenommen wurde. Mit Podienreihen, Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen war die Friedensthematik präsent.

Die Friedenswerkstatt in Pankow ist nicht als Gegen- oder Alternativveranstaltung wahrgenommen worden, sondern als Ergänzung als Veranstaltung anlässlich des Kirchentages.

3. Konferenz des Auswärtigen Amtes

Ich habe im Mai des vergangenen Jahres das Privileg gehabt, unmittelbar vor dem Deutschen Evangelischen Kirchentag an der Konferenz zur „Friedensverantwortung der Religionen“ des Auswärtigen Amtes als einziger deutscher Teilnehmer teilnehmen zu können, weil wir aus der EKD in der Vorbereitung Kontakte hergestellt haben. 100 Teilnehmende aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus Judentum, Islam und Christentum waren dort versammelt. Das Besondere dieser Konferenz war, dass nicht auf die konfliktauslösende oder -verschärfende Rolle der Religionen geblickt wurde, sondern auf die friedensfördernde Kraft. Beeindruckende Frauen und Männer waren dort versammelt. Und eins wurde in Plenen und Arbeitsgruppen deutlich: wie wichtig der interreligiöse Dialog und der Frieden zwischen den Religionen ist und welche friedensfördernde Kraft darin für eine ganze Gesellschaft liegt.

Da war der Imam aus Nigeria, der seit einigen Jahren Imame und Pastoren zusammen bringt, damit sie sich kennenlernen, Vorurteile abbauen und gemeinsam ihre jeweiligen Gemeinden für den Frieden vorbereiten. So konnte sozusagen eine Resilienz gegen Boko Haram und andere Gruppen aufgebaut werden.

Und da war der lutherische Pastor aus dem Tschad, der mit seiner Gemeinde und Kirche Flüchtlinge aus dem Sudan begleitet, die sonst keine Chance haben in dem Land und auch keine Chance, weiterzukommen. Sie haben mit landwirtschaftlichen Projekten begonnen, in denen Flüchtlinge eine Arbeit und Nahrung bekommen, um zu überleben.

Mir wurde noch einmal deutlich, dass wir uns - so wie wir es auch überlegt hatten - in der Nachfolge der Konsultation „How to become a just peace church - gesellschaftlicher Wandel im Geist des Gerechten Friedens“ im September 2016 an das Thema des Interreligiösen Dialogs und des Friedens machen müssen. Das bleibt eine Aufgabe für die nächsten Jahre.

4. EKD- Synode 2017 - 2019

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im November 2017 beschlossen, „Frieden“ zum Schwerpunktthema der EKD-Synode im Herbst 2019 zu machen. Dem vorausgegangen waren verschiedene Gespräche mit der Präsides der Synode, Frau Schwaetzer, und mit anderen. Die Idee ist, die verschiedenen Prozesse in der EKD und ihren Gliedkirchen in dieser Synode zu bündeln. Zum einen sind es die Landeskirchliche synodalen Prozesse und ihre Konsequenzen in den jeweiligen Kirchen. Zum anderen sind es das eher policy-orientierte Projekt der Evangelischen Akademien „Dem Frieden in der Welt zu dienen“, der Konsultationsprozess „Orientierungswissen zum gerechten Frieden – Im Spannungsfeld zwischen ziviler gewaltfreier Konfliktprävention und rechtserhaltender Gewalt“ an der Forschungsstätte der Evangelischen

Studiengemeinschaft in Heidelberg und weitere Schritte nach der eben schon genannten Konsultation zur Kirche des gerechten Friedens in Berlin.

Es ist etwas Besonders, dass die Synode der EKD ein Thema zwei Jahre im Voraus beschließt. Das ermöglicht einen längeren und breiteren Vorbereitungsprozess. Mit dem Präsidium, bzw. Der Präses ist vereinbart, dass es eine Vorbereitungsgruppe gibt und eine Studientagung im September diesen Jahres, zu dem Akteure aus der Friedensarbeit, Fachleute aus der Wissenschaft, Synodale aus der EKD-Synode und aus den Synoden der Landeskirchen eingeladen werden. Es wird eine geschlossene Veranstaltung sein. Die Vorbereitung liegt jetzt in einem ersten Schritt bei Herrn Mielke, Herrn Trittman und mir. Sobald Näheres mit dem Präsidium vereinbart ist, werden wir entsprechend informieren.

In diesem Prozess liegt eine große Chance, es wird aber auch viel Arbeit bedeuten, zu einem guten Prozess und einem guten Ergebnis zu kommen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um den beiden zu danken, die sich um die Dokumentation der verschiedenen Prozesse und Papiere der letzten Jahre sehr verdient gemacht haben. Das sind Ulrich Frey und Michael Held. Die Nachricht vom Tod Michael Helds hat uns alle sehr getroffen und sprachlos gemacht.

Michael Held war vielfach, intensiv und hartnäckig für den Frieden engagiert und unterwegs. Ich möchte Sie bitten, sich im Gedenken an ihn und im Gebet für seine Familie für einen Augenblick des Schweigens zu erheben.

5. Verschiedene Themen

Ich möchte einige Themen nennen, die mich - zusammen mit anderen natürlich - schwerpunktmäßig beschäftigt haben im letzten Jahr - und auch weiter oder aktuell beschäftigen.

5.1. Internationale Kampagne zur Abschaffung der Nuklearwaffen

Es ist großartig, dass ICAN, die „international campaign to abolish nuclear weapons“ mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist und es vorher gelungen ist, einen Atomwaffenverbotsvertrag in die UN - Vollversammlung einzubringen, der dann von 122 Staaten beschlossen wurde und nun im Ratifizierungsverfahren ist. Damit ist eine Mehrheit der Völkergemeinschaft auf einem klaren Kurs zur Ächtung und Abschaffung dieser Waffen. Durch den Vertrag und durch die Verleihung des Nobelpreises und die damit verbundene Öffentlichkeitswirksamkeit ist ein unumkehrbar Prozess in Gang gekommen. Die Begründungspflicht hat sich nun umgekehrt: die Atomwaffen-Staaten müssen begründen, warum sie an diesen Waffen festhalten. Es ist bedauerlich, dass die Bundesregierung noch nicht einmal bereit war, als Beobachterin oder im Gaststatus an den Konferenzen teilzunehmen, geschweige denn mit zu verhandeln. Die Argumentation mit der Bündnispolitik hinsichtlich der NATO ist m.E. Kein Argument, sich perspektivisch aus den Verhandlungen herauszuziehen. Ich hatte in der vorvergangenen Woche die Freude, an einer Veranstaltung im Bremer Rathaus mitzuwirken, die der Bremer Bürgermeister zu Ehren der Preisträger veranstaltet hat (U.a. Xanthe Hall, die Geschäftsführerin von ICAN). Die Bremische Bürgerschaft hat beschlossen, den Vertrag zu unterstützen und den

Senat aufgefordert, auf Bundesebene dafür einzutreten, dass der Vertrag auch von Deutschland unterstützt wird.

5.2. Europäische Entwicklungen

Church and Peace und Brot für die Welt haben im vergangenen Jahr auf die europäischen Entwicklungen beim Fonds für „Stabilität und Frieden“ aufmerksam gemacht, der um 100 Millionen Euro erhöht werden sollte, um auch Armeen in anderen Ländern zu ertüchtigen - nicht mit Waffen, aber mit technischen Geräten. Das Geld sollte aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit genommen werden. Durch verschiedene Gespräche mit Parlamentariern des Europaparlament, und Öffentlichkeitsarbeit ist es gelungen, zu verhindern, dass die Gelder aus dem Entwicklungsfonds genommen werden. Dennoch bleibt die Tatsache, dass der Fonds für „Stabilität und Frieden“, der vorher ausschließlich zivile Maßnahmen und NGO´s unterstützte nun auch für Maßnahmen genutzt wird, die Armeen technisch ausrüsten. Näheres können sicher Frau Heider-Rotwilm und Frau Eichler berichten und ergänzen.

Das andere Themenfeld ist die Entwicklung hin zu einem europäischen Verteidigungsfonds und zu der „Verstärkten Zusammenarbeit“ (PESCO = permanent European security cooperation). Dahinter steht eine verstärkte Zusammenarbeit in Sachen Militärforschung, Beschaffung und Ausrüstung, die einerseits sicher sinnvoll erscheint, da sie enorme Gelder einsparen kann und die Zusammenarbeit so eng gestaltet, dass eine kriegerische Auseinandersetzung der beteiligten Staaten immer unwahrscheinlicher werden. Andererseits ist damit die Verpflichtung verbunden, sich auf das 2%-Ziel des Verteidigungshaushaltes am Bruttosozialprodukt zu verpflichten und ab 2020 pro Jahr noch einmal 5,5 Milliarden im EU-Haushalt vorzuhalten. Das halte ich - wenn es tatsächlich umgesetzt wird - für eine gigantische Aufrüstung. Auch dazu könnte Frau Eichler vielleicht in der Aussprache etwas sagen.

5.3. Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung

Damit bin ich auch schon bei den Plänen der Bundesregierung, die Ausgaben für Verteidigung massiv zu erhöhen. Ob die SPD sich damit durchsetzen kann, nicht das 2%-Ziel zu verfolgen, bleibt abzuwarten. Die Signale der amtierenden Verteidigungsministerin gehen eindeutig in diese Richtung. Ich habe mich dazu immer wieder ablehnend geäußert und betrachte es vor allem auch auf dem Hintergrund anderer Aufgaben und der Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik, der nötigen Investitionen in Infrastruktur und Bildung und der zivilen Konfliktbearbeitung und der Entwicklungszusammenarbeit. Auch wenn hier die Ausgaben steigen sollen, geht die Schwere zwischen diesen Geldern und den Geldern für Verteidigung immer weiter auseinander. Das halte ich für einen schweren Fehler und eine völlig verfehlte politische Schwerpunktsetzung.

6. Die aktuelle Situation in Afrin/Syrien

Die Situation in Afrin/Syrien ist unerträglich. Die Bundesregierung muss schleunigst und deutlich gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in kurdisches Gebiet in Syrien Position zu beziehen und dies auch im Nordatlantikrat der NATO

zum Ausdruck zu bringen. Je länger die Bundesregierung hier schweigt zu dem militärischen Vorgehen ihres NATO-Bündnispartners Türkei, um so mehr entsteht der Eindruck einer deutschen Billigung dieses Militäreinsatzes. Die Stadt Afrin war bisher von diesem Krieg verschont worden, hier fanden viele Menschen, nicht nur Kurden Schutz. Hier darf die Völkergemeinschaft nicht schweigen, hier darf es auch keine Rücksicht auf einen NATO-Bündnispartner geben. Die türkische Militäraktion birgt zudem die Gefahr einer weiteren Eskalation nicht nur des syrischen Bürgerkrieges, sondern auch in der ganzen Region. Hier kann es dazu kommen, dass amerikanische Soldaten, die bisher die Kurdenmiliz in Syrien unterstützt haben und in ihnen einen wichtigen Bündnispartner sehen, türkischen Soldaten gegenüberstehen, die gegen diese Kurdenmiliz Krieg führen. Es ist nicht auszuschließen, dass der Irak in diesen neuen Konflikt mit einbezogen wird, die Rolle Russlands ist unklar, die Absichten des syrischen Staatschefs Assad ebenso. Ein solcher Militäreinsatz kann hier Öl ins Feuer gießen, mit unabsehbaren Folgen.

Es war absolut richtig, die geplante weitere Aufrüstung deutscher Panzer in der türkischen Armee angesichts dieser Militäraktion auszusetzen. Es wird ja deutlich, wie gefährlich es ist, deutsche Waffen ohne vertragliche Einschränkungen auch an Verbündete zu liefern. Diese Entwicklung zeigt die ganze Problematik von Rüstungsexporten. Wenn die Bundesregierung angesichts dieses türkischen Einmarsches in die Region Afrin weitere Rüstungsexporte stoppt, dann muss sie nun auch klar das militärische Vorgehen der Türkei kritisieren und sich in den NATO-Gremien dafür einsetzen, dass das NATO-Mitglied Türkei diesen Einsatz, der gegen das Völkerrecht verstößt, sofort beendet.

6. Ein Wort in eigener Sache

Meine Friedensbeauftragung ist einerseits an die Session des Rates der EKD gebunden und andererseits bei der Entstehung bewusst mit dem Amt eines Leitenden Geistlichen verbunden worden. Meine Amtszeit in Bremen endet im Sommer 2019. Ich habe angesichts der EKD-Synode 2019 in Gesprächen mit der Präses der Synode und dem Ratsvorsitzenden vorgeschlagen, meine Beauftragung auf jeden Fall bis zur Synode 2019 zu verlängern - gleich, was ich nach dem Sommer 2019 dann beruflich mache. Das wird sich hoffentlich im Laufe der kommenden Monate klären. Der Rat wird darüber zu beraten haben - ich denke, das wird bis zu den Sommerferien zu klären sein.

7. Dank

Ich danke an dieser Stelle allen sehr herzlich, mit denen ich im vergangenen Jahr zusammenarbeiten durfte und die mich in meiner Arbeit unterstützt haben. Ich möchte die gesamte Geschäftsstelle in Bonn nennen, namentlich Herrn Burggraf, Herrn Gildemeister und in besonderer Weise Herrn Nann. Für die Pressearbeit danke ich Herrn Junker. In Hannover ist es Herr Mielke und im Vorstand des Vereins für Friedensarbeit Herr Münchow und Herr Scheffler - und im Arbeitsausschuss der Konferenz Frau Hadem, Frau Koch, Frau Werkner, Herr Scheffler, Herr Buff und Herr Dietrich.

Und ich danke Ihnen und für die Aufmerksamkeit!